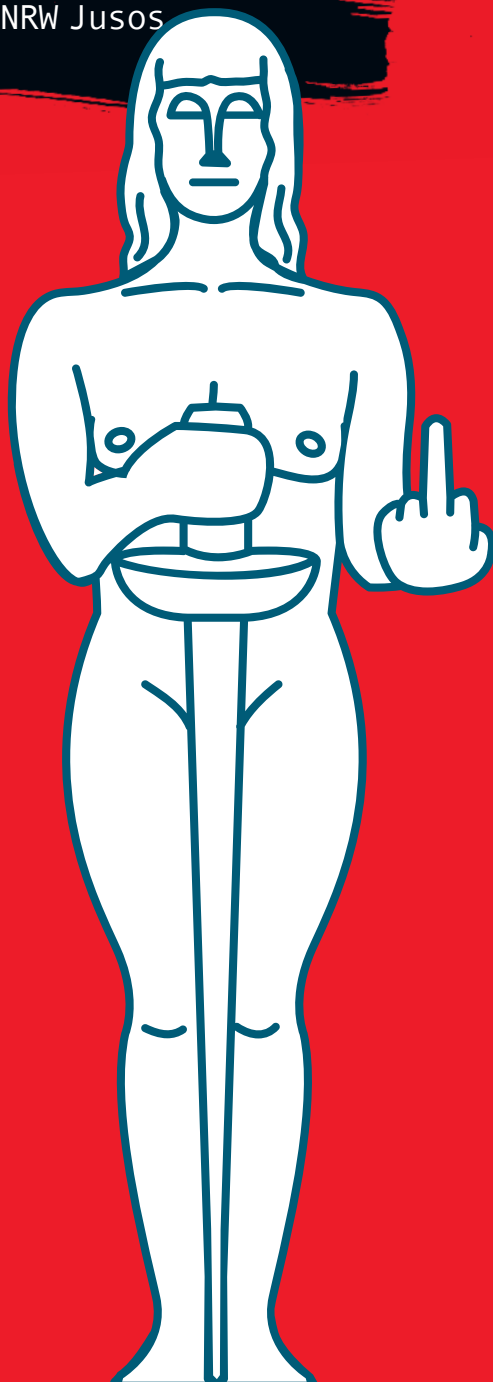


stadt.land.links

NR.10|1.Quartal 2018

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos



**ZWISCHEN
ROLLBACK UND
#METOO**

QUO VADIS,
FEMINISMUS?

Sechs Sonderseiten zu
#SPDERNEUERN

INHALT



SONDER- SEITEN:

#SPDERNEUERN

4

NACH DEM MITGLIEDER-
VOTUM: WIE GEHT'S
WEITER?

6

#DIESEJUNGENLEUTE

7

GASTBEITRAG
NADIA KHALAF

8

AUF EIN WORT MIT
DANIEL KOLLE

9

UND MORGEN REGIEREN
WIR UNS SELBST



SCHWER- PUNKT:



QUO VADIS,
FEMINISMUS?

10

ZWISCHEN ROLLBACK UND #METOO

14

PROBLEME DES QUEERFEMINISMUS

15

„TRAUMFABRIK“ HOLLYWOOD

16

„PRO LIFE“ VS. „REPEAL
EIGHTH“



18

KRITIKEN

20

AUS DEN UNTERBEZIRKEN

22

NSU: TEIL III

24

RÄTSEL





LIEBE NRW JUSOS,

als Olaf Scholz am 4. März im Willy-Brandt-Haus (nur zwanzig Minuten nach ARD und bild.de) das Ergebnis des Mitgliedervotums verkündete, ging für uns der wohl längste Wahlkampf aller Zeiten zu Ende. Landtagswahl, Bundestagswahl, NoGroKo. Wir NRW Jusos waren in den letzten anderthalb Jahren im permanenten Ausnahmezustand. Und was soll ich sagen? Am Ende sind es auf dem Papier drei Niederlagen, die wir einstecken mussten. Das schmerzt.

Nach wenigen Wochen GroKo braucht man wenig Phantasie, um vorherzusagen, dass die nächsten Jahre kein Zuckerschlecken werden. CDU/CSU arbeiten an der Schließung der rechten Flanke. Der „Gesundheitsminister“ scheint die Richtlinienkompetenz in allen Ressorts außer seinem eigenen an sich gerissen zu haben und der Oberhorst eskaliert in seinem Heimatmuseum. Das war so zu erwarten. Wir haben es im Vorfeld des Votums genau so vorhergesagt. Und bisher ist die vielbeschworene Profilierung der SPD-MinisterInnen noch nicht erkennbar.

Über allem schwebt natürlich die Erneuerung der SPD. Alle sind sich einig, dass das unumgänglich ist und jetzt aber auch wirklich, tatsächlich, in echt, kommen muss. Aber wie sie aussehen soll, bleibt bisher vage. Dabei müsste man eigentlich gar nicht lange suchen. In der zurückliegenden Debatte um die GroKo haben wir

Jusos gezeigt, was wir drauf haben. Wir haben die Debatten geprägt, mit Können, Leidenschaft und Überzeugung. Weil wir – im Gegensatz zu vielen vielen GroKo-BefürworterInnen – von unserem Standpunkt überzeugt waren, während die Gegenseite eigentlich nur aus Angst vor dem Ungewissen agiert hat. Angst ist jedoch nie ein guter Ratgeber. Angst überzeugt keine WählerInnen. Aus Angst entsteht kein Vertrauen. Die Debatte um die GroKo war auch eine kulturelle Auseinandersetzung zwischen einer optimistischen, mutigen und einer ängstlichen Herangehensweise. Wenn die SPD sich erneuern will, dann braucht sie mehr von Ersterem, dann braucht sie mehr von uns Jusos. Das werden wir in den kommenden Wochen einfordern. Personell wie inhaltlich.

Wir haben als Verband eine verdammt starke Performance hingelegt. Ein solches Medienecho hat vor uns noch keine Juso-Generation erzeugen können. Darauf können wir stolz sein und dieses Gewicht müssen und werden wir für die Rettung der SPD in die Waagschale werfen. In diesem Heft haben wir einige Sachen aufgeschrieben, die nun passieren müssen (Seiten 4-9), damit es wieder bergauf geht. Und wir beileben uns besser damit, denn der politische Gegner bleibt nicht stehen und wir können uns keine überzogene Selbstbespaßung leisten. Nicht nur die Union im Bund, auch die Mitte-Rechts-Regierung NRW ist gera-

de dabei die Uhren auf Steinzeit zurück zu drehen. Sei es das heimelige Austauschen von SS-Liedern, die schrittweise Vorbereitung der Rückkehr der Studiengebühren, das Wegmobben der weltbesten Steuerfahnder oder die Vorbereitung massiver Law-and-Order-Aktionen – wir befinden uns in einem Strudel aus sozialer Kälte und Rollback.

Apropos: Die ersten Opfer eines Rollbacks sind nicht selten die Errungenschaften des Feminismus. Gerade erst ist die SPD-Fraktion bei der Abschaffung des Informationsverbots zu Schwangerschaftsabbrüchen eingeknickt (SHAME!). Und nach der #METOO-Debatte gibt es jetzt wütende Zeit-Leitartikel, die den Mann in Gefahr sehen. Unser Schwerpunkt zu aktuellen feministischen Debatten gibt einen Wasserstand und Ausblick, was in den kommenden Jahren gegen Rechtsruck und Rollback zu tun ist.

Ihr seht: Aufstecken ist nicht. Ändern wir die Welt. Sie braucht es!

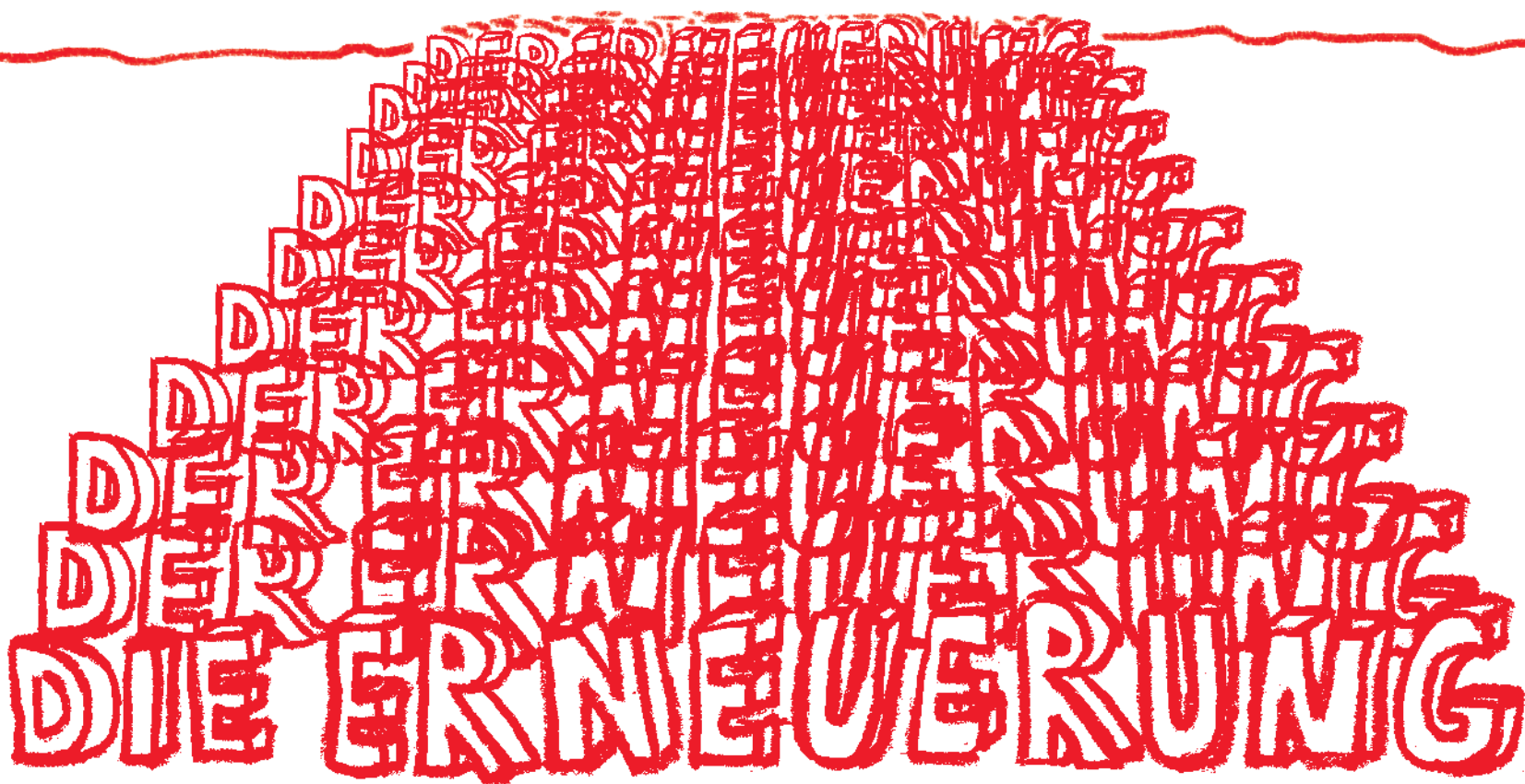
Viel Spaß bei der Lektüre und

Glück Auf,

F. Cordes

ERNEUERUNG IN ZEITEN DER GROKO.

Eine Bestandsaufnahme.





Die Enttäuschung sitzt tief. Selbst einige Tage nach dem Mitgliedervotum möchte das dumpfe Gefühl nicht weichen, dass wir nach dem katastrophalen Ausgang der Bundestagswahl binnen weniger Monate einen weiteren tiefen Einschnitt in der Geschichte unserer Partei erlebt haben.

Trotz der gesammelten Erfahrungen aus den Großen Koalitionen der Jahre 2005 bis 2009 und 2013 bis 2017, dem Einzug der politisch-organisierten Rechten in den Deutschen Bundestag sowie den weitreichenden Eingeständnissen gegenüber den Unionsparteien in den Bereichen Steuern, Gesundheit, Arbeit, Asyl, Migration und Inneres haben sich rund zwei Drittel der Teilnehmer*innen am Mitgliedervotum für eine Wiederauflage des schwarzroten Regierungsbündnisses ausgesprochen.

Dieses Ergebnis gilt es zu akzeptieren, auch wenn es einige grundsätzliche Fragen aufwirft. Fragen nach der Zukunft der Sozialdemokratie und nach den Strategien jungsozialistischer Politik in der SPD. So manches Juso- und SPD-Mitglied erlebt in diesen Tagen den vierten oder fünften Erneuerungsversuch innerhalb der letzten zehn Jahre und dürfte mittlerweile reichlich verwundert sein, was aus den mannigfaltigen Versprechungen und Beschlüssen geworden ist. Insbesondere in den letzten Monaten wurde der unzufriedenen Parteibasis zu verstehen gegeben, dass man die brenzlige Lage der deutschen Sozialdemokratie begriffen habe und vieles anders machen wolle. Doch wie anders lief es in den Wochen nach der Bekanntgabe des Koalitionsvertrages und im Vorlauf auf das Mitgliedervotum?

Ich mache es kurz: Was in diesen Tagen von den Parteiführungen auf Bundesebene und in NRW als Ausdruck der Erneuerung gefeiert wird, empfinden viele Genossinnen und Genossen als das genaue Gegenteil dessen, was mehrfach beschworen und letztlich auch auf unterschiedlichen Bundesparteitagen vereinbart wurde. Die Öffentlichkeitsarbeit und Diskussionsveranstaltungen sollten nach der massiven Kritik am Mitgliedervotum im Jahr 2013 fairer gestaltet werden und „die diskursive Breite der Debatte“ (Aus dem Beschluss des Bonner Bundesparteitags vom 21. Januar 2018) abbilden. Statt sich der Umsetzung dieses Beschlusses zu widmen, entschied man sich in Berlin allerdings in alter Manier dazu, die Mitglieder auf allen Kanälen mit einseitigen Informationen und Meldungen zu überfluten, undifferenzierte Materialien mit den Abstimmungsunterlagen zu versenden und die vom Willy-Brandt-Haus organisierten Podien ausschließlich mit Befürworter*innen der Großen Koalition zu besetzen. Letzteres lief in der nordrhein-westfälischen SPD zwar deutlich besser, war trotz der eindeutigen Beschlusslage aber keine Selbstverständlichkeit.

Eine ausgewogene Bewertung des Koalitionsvertrages, die gleichermaßen Schwächen und Verhandlungserfolge aufgezeigt und vor deren Hintergrund Arbeitsaufträge für die programmatische Erneuerung der Sozialdemokratie formuliert hätte, hätte den Parteiführungen in Berlin und Düsseldorf nicht geschadet, sondern wäre Ausdruck eines offenen und neuen politischen Stils gewesen. Wie schwer den handelnden Akteur*innen der Abschied von alten Mustern fällt, trat dann vor allem unmittelbar nach dem Ende der Koalitionsverhandlungen ans Tageslicht. Statt über die Inhalte des ausgehandelten Vertrages zu sprechen, dominierten Diskussionen über Ministerien und Personal. Das beispiellose Niveau-Limbo von Sigmar Gabriel und das Geschacher zwischen Martin Schulz und Andrea Nahles um

den Parteivorsitz verfestigten in breiten Teilen der Mitglied- und Wähler*innenschaft den Eindruck, dass man aus der existenziellen Krise der Sozialdemokratie nichts gelernt habe und nicht in der Lage gewesen sei, die Stimmungen in Partei und Gesellschaft richtig zu deuten.

Dabei hat ausgerechnet unser Verband, dem von unterschiedlichen SPD-Amtsträger*innen unsachliches und bisweilen sogar parteischädigendes Verhalten vorgeworfen wurde, vorgemacht, wie ernstgemeinte Erneuerung funktionieren könnte. In den letzten Wochen haben wir mit tausenden Genoss*innen kontrovers und fair diskutiert. Haben sowohl Gegner*innen als auch Befürworter*innen der Großen Koalition auf unseren Podien Raum gegeben, um ihre Positionen gleichberechtigt vorzutragen. Und das Ergebnis lässt sich sehen: Wir Jusos haben der Republik eine längst überfällige Debatte über die Zukunftsfähigkeit unseres gegenwärtigen Parteiensystems und die politische Kultur aufgezwungen und deutlich gemacht, dass eine andere SPD möglich ist. Wir haben der von Spitzenfunktionär*innen geschürten Angst vor Neuwahlen und anderen Horrorszenarien einen optimistischen Aufbruch entgegengesetzt, in dessen Mittelpunkt die Auseinandersetzung mit den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft und die Erneuerung der sozialdemokratischen Programmatik stand. Diese Erneuerung und die Beteiligung an ihr müssen wir insbesondere nach den Erfahrungen der vergan-

genen Wochen und Monate einfordern. Gerade weil der Glaube vieler Genoss*innen an die Erneuerungsbereitschaft unserer Parteispitze derart in Mitleidenschaft gezogen wurde, sind Andrea, Olaf und Co. nun in der Pflicht einen Prozess zu organisieren, an dem die Gegner*innen einer erneuten Großen Koalition und vor allem die Jusos maßgeblich beteiligt werden. Unsere Forderung, in Zukunft mit

mindestens einer stimmberechtigten Person in den geschäftsführenden Vorständen und Präsidien unserer Partei vertreten zu sein, ist eine von vielen, die spätestens seit der Landeskongress und dem Bundeskongress allen Verantwortlichen in der SPD bekannt sein dürfte.

So niederschlagend das Ergebnis des Mitgliedervotums für viele von uns ist: Lasst uns die Erneuerung der SPD gemeinsam angehen. Wir haben nur diese eine sozialdemokratische Partei. Entweder wir verändern sie oder es wird sie in Zukunft nicht mehr geben. Wir Jusos können den Kampf um eine tatsächliche inhaltliche, organisatorische und personelle Neuaufstellung aber nicht alleine austragen, sondern werden dafür die Unterstützung von anderen Kräften inner- und außerhalb unserer Partei brauchen. Deshalb möchte ich mit einem Appell schließen: Die SPD braucht eine geeinte Parteilinke, die sich ihrer historischen Verantwortung bewusst wird und die tiefen Gräben aus persönlichen Befindlichkeiten und Profilierungsversuchen zugunsten eines schlagkräftigen sozialistischen Arms innerhalb unserer Partei überbrückt. Statt die Reste der sogenannten Parteilinken durch die Gründung immer neuer Plattformen, Vereine und Bündnisse weiter zu fragmentieren, wäre es an der Zeit, aufeinander zuzugehen, neue Bündnispartner*innen zu gewinnen und Gespräche über ein gemeinsames Fortschrittsprojekt zu führen. Nicht jeder in seinem eigenen Klub, sondern an Orten des gemeinsamen Streitens und Ringens.



Matthias Glomb (27) ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand. Zur Zeit koordiniert er in der Wahlkampfleitung die Jugendkampagne zur Bundestagswahl mit. Zudem betreut er das Projekt „Stadt, Land Struktur“. Im 'real life' arbeitet er in einem Forschungsprojekt an der Uni Münster.

DIE UNENDLICHE GESCHICHTE.

Wir sind gerne Jusos und trotzdem vollwertige SPD-Mitglieder



Es liegen anstrengende, nervenaufreibende, frustrierende aber manchmal auch beruhigende Wochen hinter uns. Seit dem Bundesparteitag im Dezember 2016 in Berlin lief irgendwie nichts mehr wie auf Autopilot. Die Partei hat hart mit sich gerungen und viel diskutiert.

In dieser ganzen Zeit entwickelte sich ein regelrechter Hype um Kevin Kühnert. Ein Juso-Vorsitzender, der sehr ruhig und sachlich, aber mit Bestimmtheit gegen den erneuten Eintritt in eine GroKo warb. Dabei entwickelte sich auch gleich eine ganz andere Diskussionslinie mit. Viel Lob wurde geäußert über Kevin und uns Jusos (und man kann auch mal richtig stolz dabei sein, wenn man ‚uns‘ Jusos in die Tasten haut). Doch sowohl außerhalb der Partei als leider auch innerhalb, gab es hämische Sprüche und Ablehnung. Manch einer nannte uns einen Zwerg, andere fanden, dass der Kevin doch erstmal richtig arbeiten und mehr Erfahrung sammeln sollte. „Der kleine Kevin“, „dieser Bubi“ oder was man nicht noch alles auch bei Facebook lesen durfte. Die Bundesspitze kommentierte es oft milde lächelnd, dass die Jusos sowas natürlich tun dürfen und das ja auch total toll ist. Man war ja früher auch mal Jusos.

Dieses Kopfgetätchel und diese Herabwürdigung unserer Engagements, unserer Erfahrungen und unseres Wissens, welches wir mitbringen, geht mir langsam wirklich richtig auf den Sack!

Damit ist ein Problem in unserer Partei offen geworden, das wohl die meisten von uns leider nur zu gut kennen. Auf der einen Seite, sollen wir das Überleben von Ortsvereinen sichern und auf der anderen Seite aber erst einmal die Erwachsenen machen lassen. Oft kommt noch hinzu, dass man sich in Runden findet, die nur aus Männern bestehen, welche schon seit sehr vielen Jahren nicht mehr wissen, was junge Menschen eigentlich umtreibt, aber immer rumheckern können. „Früher da hat man sich gerne engagiert. Da sind wir doch auch zur Partei gegangen. Heute halten diese jungen Leute ja nichts mehr aus und wollen alle nur ihre persönliche Freizeit genießen“ oder auch beliebt, wenn mal wieder Listen aufgestellt werden: „Wenn wir keine Frauen haben, dann können wir uns auch keine backen. Wenn Frauen nicht zu uns kommen, können wir sie auch nicht aufstellen. Wenn wir jetzt einfach eine aufstellen, die wir gar nicht gut kennen, wissen wir doch auch gar nicht, was die kann.“ Die kann vermutlich richtig viel, nur von der will man sich halt nur ungern was sagen lassen, was vielleicht seinen bisherigen Erfahrungen widerspricht. Aber wehe man fragt dann mal, was denn die männlichen Kandidaten können. Nur selten wird dann wirklich mal darüber gesprochen, was man denn machen könne, um junge Menschen und insbesondere auch Frauen für die alten Strukturen zu begeistern. Es wird über sie gesprochen, aber selten mit ihnen.

DIESE JUNGEN LEUTE!

Ich habe dazu oft das Gefühl, dass insbesondere junge Genossinnen, wenn sie als Referentinnen eingeladen werden, häufiger unterbrochen werden und gerne belehrt werden. Dabei begründen die Unterbrecher ihre Belehrungen meistens aufgrund von Erfahrung. Dass die Referentin allerdings ja nicht einfach so eingeladen wurde, wird dabei gerne vergessen oder einfach schlicht ignoriert. Auch wird bei jüngeren Genossinnen und Genossen gerne genauer darauf geschaut, wie oft man bei Sitzungen ist. „Du kannst ja auch fast nie“. Ob wir bei Terminfindungen darauf hinweisen, dass wir an Tag X eine andere Sitzung haben oder an Tag Y leider noch arbeiten müssen, wird ungern berücksichtigt. Doch ist es ja gerade so, dass aufgrund der Altersstruktur unserer Partei, wir jüngeren Genossinnen und Genossen auch mehr Last tragen. Wir sind vielleicht bei den Jusos aktiv, dazu noch im Ortsverein, vielleicht schon im Kreisverband oder dem Unterbezirk. Da wird schon die Terminfindung für Verabredungen außerhalb der Partei zu einer Geduldsprobe und man plant öfter eher auf lange Sicht und darf sich dann noch von den Genossinnen und Genossen Kritik anhören, wenn man spontan und kurzfristig jetzt nicht zu der Versammlung am Wochenende kann.

Wenn man es dann mal in ein Mandat geschafft hat, treffen wieder Welten aufeinander. Die Fraktionssitzung findet ab 16 Uhr statt, die Arbeitskreise auch möglichst früh. Die jungen Mitglieder, die vielleicht nicht alle in der Stadt arbeiten, in der sie leben und aktiv sind, schaffen es dann nicht zu diesen Sitzungen. Das wird kritisiert, selten im direkten Gespräch mit den Betroffenen. Doch die Uhrzeiten ändern? Oder zumindest jede zweite Sitzung zu einer anderen Uhrzeit machen? Wo denkst du denn hin? Man wird doch freigestellt. Tja, nicht für jede Sitzung und nicht an jedem Tag passt das. Es soll ja auch vorkommen, dass man seine Arbeit auch wirklich gerne tut und die Arbeit die auf dem Schreibtisch liegen bleibt, wird einem auch nicht freigestellt.

Wir brauchen junge Genossinnen und Genossen und alle bringen ihre eigenen Erfahrungen und Wissensstände mit. Wenn wir die SPD erneuern wollen, dann dürfen wir dabei auch nicht nur nach Berlin schauen, sondern brauchen dringend mehr Erfolge in der kleinsten Ebene. Und wir müssen uns untereinander stützen und den Rücken stärken, nur so halten wir es lange genug aus, die dicken Bretter weiter zu bohren. Und von da wo es gut klappt, sollte man sich auch untereinander erzählen. Denn auch das ist Erfahrung und Erfahrung kann man auch weitergeben.



Anna Spaenhoff ist Mitglied im Landesvorstand und eine wahre „Perle“ aus dem Dortmunder Ruhrgebiet. Sie studiert Politikwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen und arbeitet für das Programm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ.



Wohin geht die Reise?

Ein Gastbeitrag von Nadia Khalaf, Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt in der NRWSPD

Die letzten Monate waren ziemlich turbulent und wir haben alle viel, offen aber auch kontrovers diskutiert. Heute wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet, denn der Weg in die GroKo wurde auf die demokratischste Art und Weise, durch die Mitglieder mit einer Mehrheit, entschieden und deshalb gilt es diesen zu akzeptieren und gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Doch wie wird es weiter gehen? Mit Sorge nehme ich zur Kenntnis, dass der Ton in den Diskussionen, welcher sich zuletzt in den sozialen Netzwerken zunehmend verschärft hat, noch nicht wieder auf eine sachliche Ebene zurückgefunden hat. In den Diskussionen vor Ort habe ich das glücklicherweise anders erlebt. Hier wurde sehr sachlich, wenn auch sehr kontrovers diskutiert. Enthemmt also die Anonymität im Netz so sehr? Schwierige These, da man doch einige Menschen auch persönlich kennt. Die digitale Welt birgt wohl doch auch Risiken und Nebenwirkungen und nicht immer nur Vorteile.

Der Eintritt in die GroKo stößt nicht bei allen Genoss*innen auf Gegenliebe und das mit Sicherheit weit über die Grenzen der Jusos hinaus. Die sachlichen Debatten, welche ihr Jusos im ganzen Land mit viel Engagement und Herzblut geführt habt, waren und sind weiterhin wichtig und dafür danke ich euch.

Auch wir als AG Migration und Vielfalt in NRW haben große Bauchschmerzen mit den Ergebnissen im Koalitionsvertrag, denn neben der Aufführung vieler restriktiver Elemente in der Geflüchteten- und Asylpolitik ist das komplette Fehlen eines Gestaltungsanspruchs unserer Einwande-

rungsgesellschaft fatal. Es sollte klar sein, dass vor dem Hintergrund unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft eine fortschrittliche Politik notwendig sein wird, um den Zusammenhalt zu stärken. Dass das dieser Part komplett fehlt, ist höchst bedenklich. Dem gegenüber stehen Themen aus dem SPD-Wahlprogramm wie beispielsweise das Staatsbürgerschaftsrecht, die Antidiskriminierungspolitik, die Interkulturelle Öffnung oder die seit langem notwendigen strukturellen Veränderungen in der Integrations- und Migrationspolitik. Für diese Themen werden wir uns weiterhin stark machen und uns sowohl kritisch als auch konstruktiv in den Erneuerungsprozess einbringen.

In den Diskussionen der letzten Wochen wurde oft argumentiert, dass viele Kritikpunkte ja gar nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms waren, das deutet wiederum daraufhin, dass unser Wahlprogramm wohl nicht mutig genug war. Denn Mut scheint uns oft in der Sorge vor der Reaktion der Wähler*innen verloren gegangen zu sein. Werden wir doch einfach mal wieder mutiger und geben uns weniger surrealen Diskussionen, aber dafür wieder mehr wegweisenden Visionen hin.

Also, packen wir es gemeinsam an:

#SPDERNEuern

In diesem Sinne mit solidarischen Grüßen und Glück auf

Nadia Khalaf

Landesvorsitzende AG Migration und Vielfalt

„VIELE GEWERKSCHAFTER-INNEN WÜNSCHEN SICH EINE ANDERE POLITIK“

DREI FRAGEN AN DANIEL KOLLE (VER.DI) ZUM ENGAGEMENT DER GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE GROKO

Auf dem SPD-Bundesparteitag in Bonn warben sowohl der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, als auch ver.di-Chef Frank Bsirske energisch bis vehement für die Zustimmung zur Großen Koalition. Wie sieht Deine Kurzbewertung des gewerkschaftlichen Einflusses hier aus?

Reiner Hoffmann hat die inhaltlichen Anforderungen der DGB-Gewerkschaften an eine zukünftige Regierung in den Vordergrund gestellt und in seinem (der Kollege Frank Bsirske hat nicht gesprochen) Redebeitrag abgeglichen, wo er diese Forderungen im Sondierungspapier als Grundlage für einen Koalitionsvertrag erfüllt gesehen hat. Es ist auch üblich, dass wir entlang unserer Anforderungen Koalitionsverträge bewerten. Das haben eine Reihe von Fachbereichen zu ihren Themen auch getan und veröffentlicht. Damit sagen wir als Gewerkschaften nicht "Ja" oder "Nein" zur Frage von Koalitionen, sondern "Ja" oder "Nein" zu Inhalten. Ich kann aber nicht verschweigen, dass es viele Kolleginnen und Kollegen gegeben hat, die das nicht so strikt getrennt haben. Einige, weil sie Gewerkschaftsmitglied und Genossin oder Genosse sind, andere, weil sie als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter grundsätzlich politische Vorbehalte gegen eine Große Koalition haben. Dass dann Irritationen auftauchen, wenn sich in einer so zugespitzten Frage - wie auf dem Parteitag - Gewerkschaftsvertreter offen positionieren, ist nach meiner Meinung verständlich. Dass wir als Interessenvertretung auf Grundlagen von Gremienbeschlüssen Einfluss auf Politik und Parteien nehmen, ist kein Geheimnis, sondern Auftrag und es gilt, unsere Forderungen in der realen Politik zu verankern und dafür zu sorgen, dass sie umgesetzt werden.

Es gibt das Gerücht, dass Hoffmanns Vorgänger Michael Sommer anders als 2013 kein Freund einer erneuten GroKo ist. Viele Gewerkschaftssekretäre haben zudem unter nogroko.nrw eine gemeinsame Erklärung gegen das Bündnis mit CDU/CSU unterzeichnet. Wie erlebst Du die Meinungslage innerhalb deiner Gewerkschaft?

Diese ist sehr heterogen. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wünschen sich grundsätzlich eine andere Politik und sind deshalb gegen eine Neuaufgabe der großen Koalition. In meinem Bezirk und unmittelbaren Umfeld, waren das viele. Wenn die Kolleginnen und Kollegen kategorisch gegen eine große Koalition sind, sind die Inhalte des Koalitionsvertrages nicht mehr zentrales Argument. Es gibt aber auch diejenigen, die es gerade von der anderen Seite aus sehen. Wenn nur die Inhalte das zentrale Argument sind, führt der Weg zu ihnen halt über eine große Koalition. Diese Meinungen stehen sich diametral gegenüber und dazwischen spielt sich, so wie in der SPD auch, alles ab. Ich persönlich habe mit "Nein" gestimmt und das aus der Überzeugung heraus, dass wir eine andere Politik brauchen. Das dabei die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin für mich eine zentrale Rolle spielen ist klar und auch kein Widerspruch aus meiner Sicht.

Wenn die Gewerkschaftsspitzen jetzt so massiv auf die Große Koalition setzen: Wie sieht deren langfristige politische Gestaltungsperspektive aus? Wie wollen sie verhindern, dass die SPD zum alten Gaul wird, den sie totreiten? Oder setzen die Gewerkschaften eigentlich bereits auf andere, vielleicht neue Pferde in der Politik?

Ich erlebe die Diskussionen in unseren Reihen nicht so, wie es die Frage suggeriert. Es gibt keine für mich sichtbare massive Stimmung, die alleine auf die große Koalition setzt. Ich nehme sehr klar wahr, dass der Wunsch nach einer Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Fokus steht. Dabei geht es meiner Wahrnehmung nach nicht zuerst um Parteibücher. Das wäre in einer Einheitsgewerkschaft auch merkwürdig. Ich bin der festen Überzeugung, dass Politik, gleich welcher Farblehre, an den DGB-Gewerkschaften vorbei keine erfolgreiche Politik machen kann. Das bedeutet nicht, dass wir uns zurücklehnen und jede Koalition hinnehmen, sondern wir müssen ebenfalls um unseren Einfluss in allen demokratischen Parteien ringen, für unsere Inhalte streiten, Netzwerke pflegen, Dialog gestalten und Politik im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen machen. Dabei sind wir letztlich auch darauf angewiesen, mit jeder Regierungskoalition in Dialog zu treten. Die Vergangenheit zeigt uns, dass es Konstellationen gibt, in denen das konstruktiver gelingt, als in anderen. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Argumente für eine große Koalition auch von den Erinnerungen an die Regierungszeit 2009-2013 geprägt waren. Ich persönlich sehe die Notwendigkeit, den Dialog mit uns nahestehenden Parteien zu verbessern und zu intensivieren, wenn wir dauerhaft erfolgreich sein wollen. Von Totreiten keine Spur, ganz im Gegenteil.



Daniel Kolle ist Gewerkschaftssekretär im ver.di-Bezirk Köln. Von 2010 bis 2014 war er Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos.

UND MORGEN REGIEREN WIR UNS SELBST...

WIE DIE ERNEUERUNG DER SPD AUSSEHEN KÖNNTE

...will anstiften: Zum kritischen Denken, zum Reflektieren, zum Kämpfen. Es will Mut machen, die bestehenden Verhältnisse nicht einfach hinzunehmen. Und es möchte die endlos wiederholte angebliche „Alternativlosigkeit“ hinterfragen. Es will aus einer kritischen sozialdemokratischen Perspektive Phänomene des individuellen und sozialen Lebens beleuchten. Es handelt von unserer Lebensweise, die mehr und mehr von der Kulturindustrie vorgegeben wird, die die Individuen vordergründig idealisiert, tatsächlich aber immer noch mehr entmachtet und entfremdet. Es handelt von der drohenden Selbstzerstörung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa – mit einem gesonderten kritischen Blick auf die deutsche und europäische Sozialdemokratie und ihre vermeintliche Ohnmacht. Die ihren originären Aufgaben und Zielen nicht mehr nachkommt und nicht mal daran (ver)zweifelt.

Diese Zeilen stammen aus dem Vorwort und erläutern kurz und knapp worum es in „Und morgen regieren wir uns selbst“ geht. Die Krise der SPD ist Teil der Krise des gesamten neoliberalen Systems. Deshalb wird sie diese Krise nicht mit neuem Personal, sondern nur mit einer ehrlichen Diskussion überwinden können. Die „Streitschrift“ liest sich fast so, als wäre sie für heute geschrieben worden – obwohl während des Schreibens die heutigen Umstände nicht vorhersehbar waren.

Die Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus zeigt Risse. Es sieht so aus, dass sich diese Risse in den politischen Parteien gerade als eigene Krise manifestieren. Und wenn wir etwas von dieser Krise und dem Dilemma, in dem die SPD gerade ist, verstehen wollen, brauchen wir eine Analyse ohne dabei den Versuch zu unternehmen die gemachten Fehler zu verschweigen.

Wenn wir also über die Krise der SPD, der sozialdemokratischen und linken Parteien in Europa sprechen, dann müssen wir verstehen, wie sich der Neoliberalismus in der Kultur, den Medien, dem öffentlichen Dienst, der Wirtschaft und der Gesellschaft zeigt. Wie er sogar in die Individuen selbst eingedrungen ist. Dabei gilt es herauszuarbeiten und zu verstehen, an welchen Punkten die SPD „nur“ Komplize war (was es nicht besser macht) und an welchen Stellen sie selbstständiger neoliberaler Akteur geworden ist:

- Bei der Austeritätspolitik, die einige Länder im europäischen Süden ins Elend gebracht haben, war die SPD „Komplizin“. Wir haben dem nichts entgegengesetzt, vielmehr haben einige unserer Funktionäre „in das gleiche Horn geblasen“ wie Schäuble, die Troika und viele der Leitmedien. Es ist ihnen gelungen, die Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise umzudeuten.
- In der Frage der Deregulierung der Arbeit war die SPD selbst Akteurin. Schon die Agenda 2010-Politik war ein tiefer Einschnitt in die Programmatik der SPD, weil sie zur Entfremdung großer Teile der Mitglieder und WählerInnen geführt hat. Sie wirkte emotional und psychologisch als Enteignung der eige-

nen sozialen Klasse. Und für große Teile unserer Mitglieder und WählerInnen war sie das auch ganz real. Die Verwerfungen daraus sind unbearbeitet. Sie spalten die Partei und die WählerInnenschaft bis heute.

- Dass der Neoliberalismus bis in die Individuen eingedrungen ist, kann man an sich selbst überprüfen. Die meisten haben ein Smartphone. Sind ständig erreichbar, ständig informiert, schauen alle 5 Minuten drauf. Vielleicht noch eine Smartwatch, die Schritte zählt, Kalorien notiert und das Leben organisiert, damit man wirklich gut funktioniert. Ist das noch alles selbstbestimmt? Ist die Selbstoptimierung nicht an einem Punkt angekommen, der uns ausbrennt und müde macht?

In „Und morgen regieren wir uns selbst“ finden sich viele Beispiele dafür, wie sich die Sozialdemokratie selbst zu Komplizen macht. Es wäre vermessen und falsch, sie für die Krise des Systems alleine in Haftung zu nehmen. Aber die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sind dieser Entwicklung nicht entgegengetreten. Die deutsche Sozialdemokratie hat dazu beigetragen, dass Reformen nicht mehr, wie Willy Brandt sagte, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen beigetragen haben. Im Gegenteil: Die Reformpolitik der SPD wird seit langem als Bedrohung sozialer Rechte und mit Sozialabbau gleichgesetzt. Heute Verantwortung dafür zu übernehmen heißt Wege zu suchen, die wirklich Anlass zu Hoffnung auf eine solidarische und gerechte Gesellschaft geben. Es ist sogar unsere Pflicht dies zu tun, denn die gewaltbereite Rechte, die RassistInnen und Rechtsextreme, die sogar jetzt im Parlament sitzen, sind eine Gefahr, die nicht ernst genug genommen werden kann.

Die Analyse muss uns nicht in Verzweiflung stürzen. Denn Widerstandspotentiale und Reformbewegungen gibt es viele. Die Krise ab 2008 hat einige hervorgebracht:

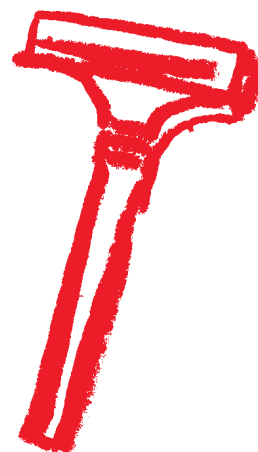
Blockupy, Occupy, Syriza, Podemos, 15M und Indignados. Nicht alle sind sehr erfolgreich gewesen. Die Herrschafts- und Machtverhältnisse sind eben wie sie sind. Aber diese Menschen, die etwas Anderes wollen, gibt es noch. Und sie zeigen sich in der solidarischen Bewegung für die Geflüchteten oder in der Anti-TTIP Bewegung. In NoPegida, in die vielen, die sich immer wieder den RassistInnen in den Weg stellen. Auch wenn diese Proteste gerade nicht sichtbar sind, gibt es dieses widerständige Potential noch. Im Moment gibt es aber offensichtlich keine progressive Partei, die hier einen Anker bieten könnte. Diejenigen politischen und gesellschaftlichen Akteure, die das begreifen und sich öffnen für diese Sichtweise, dass es um das Ganze geht, haben eine Chance auf einen politischen Aufbruch. Allen voran die SPD!



Andrea Ypsilanti ist seit 1999 Abgeordnete im hessischen Landtag war von 2003 bis 2009 Landesvorsitzende der Hessen-SPD.

ZWISCHEN ROLLBACK UND ME TOO

FEMINISMUS HEUTE



Gibt's nicht! Oh doch: Alle in diesem Text abgebildeten Artikel werden in zwei Varianten als gegenderte Produkte verkauft.



Am Anfang war... Ja was denn eigentlich? Ein Teil war bestimmt das Medienecho auf „die Silvesternacht 2015 in Köln“. Einen Beitrag leistete wohl Donald Trump und die Tatsache, dass man sich bis heute nicht sicher ist, ob dieser trotz oder wegen seiner vielfältigen sexistischen Ausfälle zum Präsidenten gewählt wurde. Irgendwie hat es aber auch schon vorher begonnen, mit Brigitte Kelles unvergessenem Ausspruch als Reaktion auf die #Aufschrei-Kampagne, Frauen die sexuelle Belästigung nicht feierten, sollten doch einfach ihre Bluse schließen.

Der Versuch des so genannten Rollback, der Rolle Rückwärts in Sachen Feminismus und Gleichstellung ist überall zu spüren. Eine der eindrucksvollsten Beispiele liefert derzeit die „Kampagne“ #120db.

120 Dezibel ist die Lautstärke eines Taschenalarms, der Hilfe hervorrufen soll.

120 Dezibel ist aber auch die Lautstärke, mit der ich mich betäuben möchte, damit ich mir diese Kampagne nicht antun muss. Aber warum? Dort kämpfen doch Frauen für Frauen. Ist das nicht feministisch? Selbst wenn es von der rechtsradikalen identitären Bewegung kommt? Nein. Die identitäre Bewegung und damit auch diese Kampagne haben mit Feminismus, wie wir ihn verstehen, aber auch so gar nichts am Hut.

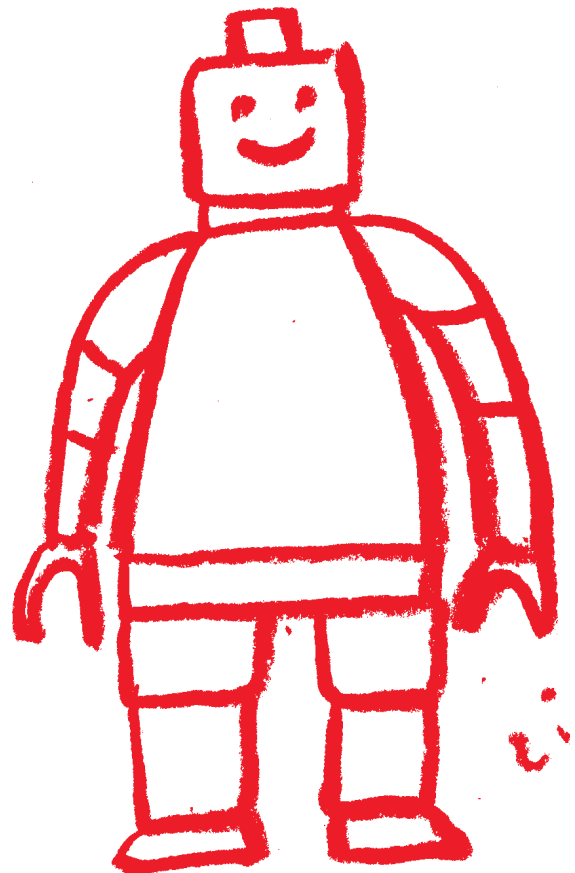
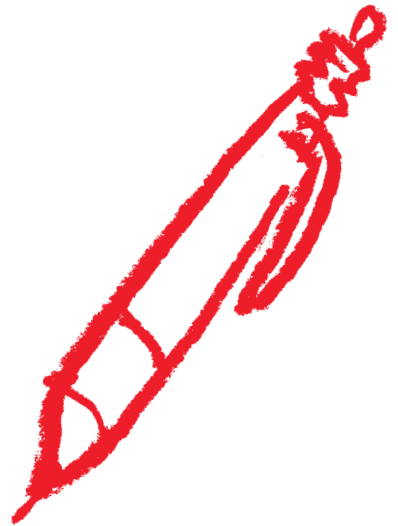
In dem Kampagnenvideo artikulieren sogenannte „Töchter Europas“ Angst um ihre körperliche Unversehrtheit im Angesicht der vermeintlich steigenden Zahl von Männern aus „archaischen“ Gesellschaften. Das abendliche Jogging wird zur „gefährlichen“ Sportart stilisiert und dem Staat, der „unsere“ Frauen nicht mehr beschützt, wird daran die Schuld gegeben. Neben den Fakten, die belegen, dass die meisten Vergewaltigungen und sexuellen Missbrauchsfällen im familiären Umfeld geschehen, aber meist aus Scham nicht angezeigt werden, wird hier mit einem hässlichen Bild gearbeitet. Dem Bild des vergewaltigenden Fremden, der im Busch lauernd auf die deutsche Frau wartet. Um es abzukürzen: Diese Kampagne ist rassistisch.

Und was ist daran jetzt ein „Rollback“?

Die identitäre Bewegung ist keine, die sich um Rechte von Frauen schert. Diese „Bewegung“ nutzt die Aufmerksamkeit der Medien, die im Anschluss an einige schwere Straftaten, die Herkunft der Täter ins Zentrum stellten. Ein zweifelhafter medialer Umgang mit schlimmen Verbrechen, wird so für eine politische Kampagne gegen Ausländer ausgenutzt.

In Wahrheit aber kämpft diese Gruppierung und mit ihr die AfD, Pegida und andere braune Organisationen gegen die wissenschaftliche Forschung im Bereich Gender und gegen die Gleichstellung von Frauen, wie viele Aussagen und Kampagnen in den letzten Jahren eindeutig zeigen. Damit werden Brücken gebaut zu anderen rechten, autoritären Akteuren. Seien es christliche wie islamische Fundamentalisten, seien es Anhänger*innen (sic!) von Orban, Putin und Kascinzky. Womit auch hier wieder einmal deutlich wird: Der offensichtliche Gegner der (gar nicht mehr so) neuen Rechten, mag auf den ersten Blick der Islam (bzw. Einwander*innen mit islamischem Hintergrund) sein. Der Hauptfeind ist aber ein anderer. Es ist das wofür Generationen vor uns erbittert gekämpft haben und in einigen Bereichen Fortschritte erzielen konnten, wofür wir und Jahrgänge nach uns, tagtäglich kämpfen müssen, um es zu erhalten und auszubauen. Der Hauptfeind der Rechten ist der Liberalismus, die Freiheit, die Gleichheit. Auch die Gleichheit der Geschlechter.

Dass wir noch kilometerweit von der Gleichheit der Geschlechter entfernt sind, zeigt nicht zuletzt die #metoo-Debatte. Das Patriarchat fummelt, betatscht und vergewaltigt vor sich hin. Nicht vor hundert, fünfzig, zwanzig Jahren. Jetzt. Und nicht nur in der Filmbranche. Die Thematisierung dessen ist gut und richtig. Das öffentliche an-den-Pranger-Stellen von Menschen jedoch, mindestens mal diskutabel. Andererseits ist dieser Kampf mit fairen Mitteln wohl nicht zu gewinnen. Dennoch sollte Obacht gelten und von dem Grundsatz „in dubio pro reo“ nicht abgerückt werden. Das Ziel ist nicht die öf-





fentliche Hinrichtung, sondern vernünftige Gesetze, die sexuellen Missbrauch ernsthaft bestrafen. Dennoch ist es gut, dass sich eine Reihe von Schauspielerinnen und anderen Künstlerinnen solidarisieren, ein Vorbild abgeben und den Kampf, den wir alle alltäglich führen müssen und sollten, vorantreiben. Gegen das Patriarchat, den ewigen Konterpart von uns Feminist*innen. Daneben hat der Feminismus im 21. Jahrhundert mit einer weiteren Widrigkeit zu kämpfen. Mit einer Widrigkeit, die so alt ist wie die Bewegung der Arbeiter*innen selbst: Dem Kapitalismus. Klingt wie ein alter Hut, ist es auch, macht es aber nicht weniger aktuell. Dieser ist ja dafür bekannt, dass er alles kontrollieren und beherrschen möchte. Jetzt ist es ja so, dass man meinen möchte, der Markt sei weitestgehend gesättigt mit allen nur vorstellbaren Dingen, die man gebrauchen könnte. Da aber immer neue vermeintlich zu stillende „Bedürfnisse“ zu schaffen sind, ist der Kapitalismus, das alte Biest, seit einigen Jahren umtriebiger in Sachen Geschlechtssegregation. Da sind dann der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Wo es bisher einfache Taschentücher getan haben, gibt es heute Kleenex „man size“, in männlich grau-schwarzer Verpackung, daneben das inhaltlich exakt gleiche Produkt für die Ladies in violett. Tesafilm gibt es neuerdings „for Girls“ in – wie sollte es anders sein – pink. Der Gedanke dahinter ist klar: Warum nur eine Packung verkaufen, wenn ich auch zwei verkaufen kann, indem ich den Markt einfach in zwei unterschiedliche Konsument*innenwelten teile. Diese Logik verfängt insbesondere bei Spielsachen. Ist das Laufrad rot-gelb, könnten Lotta wie Paul es nutzen. Bekommt Lotta allerdings ein pinkes Lilyfee-Rädchen, muss für Paul ein neues besorgt werden, denn Gott behüte dass ein Junge mit einem rosa Produkt gesichtet wird. Da ist dann Pauls Männlichkeit unwiederbringlich dahin, bevor er sich dieser überhaupt bewusst ist. Über solche Auswüchse mag man, ob ihrer offensichtlichen Unnötigkeit noch schmunzeln. Das ist nervig, stört aber nur bedingt. Nicht mehr ganz so witzig wird es, wenn

man sich die Prämissen anschaut, nach der die Produktwelt eingeteilt wird, in groß und stark einerseits und zierlich und klein andererseits. Das hat dann zur Folge, dass Chips mit feurigem Barbecue-Glutamat für Männer sein sollen, während Frauen zur Rosa-Paprika-Diät-Tüte zu greifen haben. Was sagt uns das? Echte Männer mögen’s scharf, hot und fleischig. Frauen dagegen sind auch bei der Chips-Auswahl stets sanft unterwegs und achten natürlich allzeit auf ihr Gewicht. Oder sollten es zumindest tun.

Was wir hier erleben ist also nichts anderes als der Versuch, männliche und weibliche Rollenbilder in die Köpfe zu meißeln. Rollenbilder die wir, nicht nur in der heilen Juso-Welt, doch eigentlich nieder gerungen hatten. Zumindest in Mitteleuropa. Aber nichts da. Im Angesicht von multiplen Krisen, halten wir uns mal lieber fest an antiquierten Geschlechterrollen. Nebenwiderspruch ik hör dir trapsen.

In dieses Bild passt auch unser geliebter Sigmar Gabriel. Der meint nun ganz weit vorne zu sein in der Debatte und mahnt uns die sozialen, zuungunsten von kulturellen, Fragen in den Mittelpunkt zu rücken. Mal abgesehen davon, dass er als Parteivorsitzender mehrere Jahre Zeit hatte und auf keinem Parteitag durch ausufernde Debatten um dritte Toiletten (siehe auch spw 1/2018; S.8ff) daran gehindert wurde, die Verteilungsfrage neu zu beleben, zeigen die Erklärungsversuche für den Niedergang der Sozialdemokratie bei einigen Genossen erschreckende Muster. Kurz gefasst, lautet der Vorwurf: Ihr Feminist*innen, Refugees-Welcome-Rufer*innen, Heimat-Kritiker*innen, ihr Antifaschist*innen seid Schuld am Zustand der SPD. Das ist schon ein Ding. Die Menschen, die einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen haben, die Arbeitslose dafür sanktionieren, dass sie arbeitslos sind, die sich nicht trauen, eine progressive Umverteilungspolitik anzugehen. Diese Menschen zeigen mit dem Finger auf andere um zu erklären, warum die Arbeiter*innen (das Sternchen ist für Dich, Sigmar) uns wegrennen.

Nicht nur die Rechten sorgen also für einen Rollback, nein, auch in den eigenen Reihen, traben einige dem neuen rechten Mainstream hinterher. Immer weiter und weiter Richtung Abgrund.

An eben jenem Abgrund wähnt man sich auch, wenn eines der zentralen Schlachtfelder der Gleichstellung mal wieder im Zentrum der Debatte steht. Das „Recht“ auf Abtreibung. Dort wird derzeit um die Abschaffung des §219a StGB gerungen. Dieser schließt die „Werbung“ von Ärzt*innen für Schwangerschaftsabbrüche aus. Was Werbung und was sinnvolle Information darstellt, ist dabei des Streites Anstoß. Dass unsere Bundestagsfraktion aus Rücksicht auf die Bildung der Groko sich, anders als noch im Dezember einstimmig in der Bundestagsfraktion beschlossen, nicht mit den Grünen und Linken (selbst die FDP hätte man hier mit im Boot) dazu durchringt, den Paragraphen auf den Scheiterhaufen zu werfen, ist im höchsten Maße bedauerlich, aber sonderlich überraschend ist es leider auch nicht mehr. Noch bedenklicher ist dabei die Zusammenarbeit der strikten Gegner*innen der Abschaffung des 219a. Dass in den Reihen der AfD die sogenannten „Lebensschützer“ (natürlich geht es nur um deutsches Leben; aber offensichtlich nicht um das der schwangeren Frau) ihr Unwesen treiben ist die eine Sache. Dass aber auch die Union in ihrer tiefen Krise panisch versucht sich in alte Schützengräben zurückzuziehen und ihrem neuen Ziel der „konservativen Revolution“ folgernd, sich mal wieder gegen das Recht der Frauen ausspricht, ist nicht nur ein weiteres Beispiel dafür, dass der angebliche Linksruck der Union (insbesondere der CDU) Blendwerk ist. Es ist auch ein Fingerzeig für die Zukunft. Union und AfD nähern sich an und werden beizeiten versuchen, eine Koalition zu bilden. Wie es dann mit dem Lebensschutz aussehen wird, mag man sich nicht vorstellen. Frauen (ob mit oder ohne deutschen Pass) werden sicher nicht die Profiteurinnen dieser Zusammenarbeit sein.

Es steht also alles nicht zum Besten um den Feminismus. Aber was das jemals anders?

Wir haben in den letzten Jahrzehnten gegen immensen Widerstand die Rechte der Frauen ausgeweitet. Bald feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Das ist nicht vom Himmel gefallen. Es waren mutige Frauen, die für ihre Rechte gekämpft haben. Es sind mutige Frauen, die auch heute dafür kämpfen. Das Gute ist: Wir sind mehr geworden. Mit jeder Debatte, jeder Niederlage, jedem noch so kleinen Erfolg sind wir gewachsen. Weltweit. Also ihr ganzen Lebensschützer, ihr Identitären, ihr Vergewaltiger, ihr „Töchter Europas“, ihr Rollenbild-Fanatiker, ihr ewig Gestrigen, ihr Kelles, Doobindts und all ihr anderen konservativen Revolutionäre, kommt zusammen und bildet eine Front. Und dann seht zu was kommt.



Lena Oerder kommt aus und lebt in Köln. Sie arbeitet zwar als Anwältin in Düsseldorf, das jedoch zum Glück auf Arbeitnehmer*innenseite. Sie ist Mitglied im Jusos-Landesvorstand und dort im Schwerpunkt „Gesellschaft“ tätig. Ihr politisches Engagement steht unter dem schönen Stern der Gleichstellungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – außerdem steht sie auf Gedankenstriche.



PROBLEME DES POSTKOLONIALEN QUEER-FEMINISMUS

Über berechtigte Hintergründe und falsche Schlussfolgerungen

Heutige feministische Theorie hat eine große Breite – und so bleiben Probleme und Widersprüche nicht aus. Eine feministische Lesart, die zu fatalen Schlüssen verleiten kann, ist der postkoloniale Queerfeminismus. Dieser theoretische Ansatz hat seine Wurzeln in der Theorieschule des Postkolonialismus: Sein Fokus liegt auf der Entrechtung und allumfassenden Unterdrückung, die die westliche (also v.a. europäische) Welt gegenüber anderen Teilen der Welt ausgeübt hat – über Jahrhunderte, und ja, auch der heutige globale Kapitalismus nützt in seiner Struktur vor allem dem Westen.

Das falsche Theoriewerkzeug für Gesamturteile

Dennoch fängt genau hier das Problem an: Wie viele umfassende „Großtheorien“ hat auch der Postkolonialismus den Anspruch, alle Ungerechtigkeitsstrukturen mit seinen theoretischen „Werkzeugen“ zu erklären. Jedoch lässt sich das verheerende System des globalen Kapitalismus nicht (allein) erklären mit den direkten Unterdrückungsmechanismen zwischen Menschen verschiedener Kontinente. Viele Theoretiker*innen des Postkolonialismus haben jedoch genau solche Ansprüche – und diese werden auch im feministischen Diskurs deutlich. So kommt es, dass postkolonial orientierte Queerfeminist*innen sich ihres Werkzeugkastens bedienen, um damit alleine globale Unterdrückung zu erklären.

Wie die Kritik der „kulturellen Aneignung“ im Halse stecken bleibt...

Ein dominantes Werkzeug ist dabei das Konzept „kultureller Aneignung“: Damit wird bezeichnet, dass weißhäutige Menschen sich an Gegenständen oder Ritualen bedienen, die ursprünglich einer subalternen, also aus ihrer Sicht untertänigen Kultur zuzuordnen sind. Solche Gegenstände oder Rituale (bspw. Dreadlocks, Turbane, Federschmuck, Holi Festival) würden, folgten wir der mit „kulturellen Aneignung“ bezweckten Kritik, ihrem Kontext und ihrer Bedeutung entrissen und von Weißen lediglich dazu genutzt, Profit zu erwirtschaften und zu konsumieren. Die Gefühle – also z.B. die (religiöse) Bedeutung des kulturellen Gutes – würden zweckentfremdet, zerstört und missachtet. Dies sei ein Beweis dafür, dass Ausbeutung, Kolonialismus und Unterdrückung durch den Westen niemals aufgehört habe. Dadurch würden unterdrückte Kulturen zunehmend verschwinden, weil ihre eigenen Elemente „geklaut“ und in andere Kulturen integriert werden.

...weil reaktionärer Kulturbegriff Multikulti kolonialistisch missversteht

Dieser gesamten Argumentation liegt ein reaktionärer Kulturbegriff zugrunde: Kulturen seien an klar zu definierende Menschengruppen gebunden. Dabei wird außer Acht gelassen, dass Kulturen sich stetig durch Einflüsse und äußere Bedingungen wandeln; dass die Menschen, die ihr angehören, niemals homogen sind; und kulturelle Grenzen fließend sind, sodass Menschen ein- und austreten können. Wäre dies nicht gegeben, würde sich Kulturzugehörigkeit bei der Geburt entscheiden und wäre manifest. Letztendlich fordern die postkolonialen Kritiker*innen, dass sich

eine Kultur nicht an Bestandteilen einer anderen Kultur bedienen soll. Das Ende von Ausbeutung könnte demnach damit erlangt werden, dass sich Kulturen nicht mehr miteinander vermischen.

„Critical whiteness“ als Alternative?

Herrschaft und Kolonialismus werden nicht mehr nur als staatliches Vorgehen verstanden, sondern auch Individuen könnten durch ihre Handlung zu Kolonisator*innen werden. Den Verfechter*innen geht es zudem darum, dass die Gefühle einer unterdrückten Kultur verletzt werden, weil ihnen etwas genommen würde, das eigentlich ihnen gehört. Es geht hier um vermeintlichen Diebstahl, Missachtung und Verletzung – oder andersherum: um die Durchsetzung kultureller Eigentumsrechte. Um solchen, aus dem Postkolonialismus hergeleiteten Problematiken grundsätzlich entgegenzutreten, setzt der postkoloniale Queerfeminismus auf „critical whiteness“. Dies meint, dass sich weiße Menschen ihrer grundsätzlichen kulturellen „Besserstellungen“ immer bewusst sein müssen.

Große Gefahr: Israels Geschichte als „Kolonialismus“ beschrieben

Sehr perfide gehen einige postkoloniale Theoretiker*innen und politische Aktivist*innen auf dieser Grundlage mit Israel um. Anstatt den spezifischen historischen Kontext anzuerkennen – also jahrtausendelanger und kulturell verankerter Judenhasse, der im deutschen Völkermord an über sechs Millionen Jüdinnen und Juden seinen Höhepunkt fand –, werden hier koloniale Erklärungsansätze pauschal auf Israel übertragen: Mit diesen theoretischen Scheuklappen, die Geschichte und gesellschaftliche Realität außen vor lassen, erscheint Israel plötzlich als weißer kolonialer Staat, der die arabische „Urbevölkerung“ (wie Postkolonialist*innen sagen würden) unterjochte – und sich seine Kultur von oben herab aneigne. Dass die heute in Israel lebenden Jüd*innen bzw. ihre Elterngeneration aus der ganzen Welt vor Unterdrückung nach Israel geflohen sind, sie Kultur aus aller Welt mitbrachten, wird schlichtweg ignoriert.

Gegen den reaktionären Urzustand!

Kurzum: In Teilen des postkolonialen Queerfeminismus hat sich aus gut gemeinten Gründen – auch dem gewollten Kampf gegen Rassismus und Unterdrückung – eine böse Mischung entwickelt, die unterschwellig fordert: Reinhaltung der kulturellen Identitäten und Rückkehr zu einem kulturellen Urzustand, in dem alles seinen ursprünglichen Platz einnehmen soll. Ein reaktionärer Gedanke, vor dem wir auf der Hut sein sollten.



Anna Luise Dieren ist Mitglied im LaVo mit dem Schwerpunkt Feminismus und kommt aus Moers. Dort arbeitet sie als Regieassistentin im Theater, nachdem sie ihre Abschlussarbeit an der Ruhr-Uni über die Darstellung von Frauenfiguren in Dramen geschrieben hat.



Felix Eggersgluß, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe und unser fleißigster Twitterer. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Seine politischen Schwerpunkte sind Arbeitsmarkt- und Klimapolitik.

TRAUMFABRIK HOLLYWOOD:

Existiert die feministische Heldin im Actionkino?

In der Nacht zum 05. März wurden in Los Angeles die Academy Awards, auch bekannt als Oscars, verliehen. Außer den beiden Trophäen für die beste Hauptdarstellerin (Frances McDormand für „Three Billboards outside Ebbing, Missouri“) und Nebendarstellerin (Allison Janney für „I, Tonya“), haben folgende Frauen in den wichtigen Kategorien gewonnen:.....

Richtig, niemand! Weder die Nominierte Greta Gerwig (Beste Regie: Lady Bird) noch Rachel Morrison (Beste Kamera: Mudbound) konnten sich gegen die männlichen Nominierten durchsetzen. Hollywood hat ein Frauenproblem vor und hinter der Kamera.

In den letzten Jahren hat sich die Anzahl der weiblichen Helden zwar in Hollywood gesteigert, aber schauen wir zurück auf die zarten Anfänge. Sigourney Weaver war, als Ellen Ripley die erste Heldin im Actionkino. „Rambo“-mäßig schoss sie sich durch (bisher) vier Alien-Teile Richtung Erde, wenn sie nicht gerade – aufgrund des Spannungsbogen – in eine Mutterrolle gepresst wurde. Da haben wir auch direkt zwei Probleme benannt. Ellen Ripley musste männlich werden, um das Alien zu besiegen und ihr wurden in allen Teilen ein mütterlicher Beschützer*innen-Instinkt aufgezwungen, um als Leinwandheldin im Actionkino zu funktionieren.

Gehen wir einen Schritt in der Zeitachse weiter: Beatrix Kiddo aus Kill Bill I & II von Quentin Tarantino. Kurze Einordnung der Story: Auftragskillerin wird schwanger, steigt aus dem Business aus und wird vom Chef Bill auf ihrer Hochzeitsprobe erschossen und überlebt. Nach einem Koma erwacht sie, hat scheinbar ihr Kind verloren und schwört Rache gegenüber ihrem alten Team und Chef. Um ihre Rache zu realisieren, lässt sie sich ein Samuraischwert schmieden und beginnt mit einer „Kill Bill“ ihren Rachefeldzug.

Die*der geneigte Kinozuschauer*in entdeckt die Motive sofort: Mutterinstinkte lassen Kiddo zur blutrünstigen Rächerin werden. Ihr Status (Auftragskillerin, Schwangere, (Spoiler: Mutter), Rächerin) ist von einem Mann namens Bill geprägt. Sie schlägt Bill mit dessen eigenen Mitteln und überflügelt ihm am Ende. Trotzdem sprüht die Protagonistin Beatrix Kiddo voller Stereotypen und taugt nur marginal als weiblicher Held.

Also rücken wir noch ein Stückchen weiter auf der Filmachse: Kickass. Dabei handelt es sich um eine Comicverfilmung über einen Superhelden ohne Superkräfte, dessen Arsch (hihi) von Hit-Girl gerettet wird. Wir erleben eine starke Superheldin, die als Sidekick, dem Hauptprotagonisten den Rang ablauft. Man fiebert mit und schlägt ihre Schlachten, aber am Ende muss sich Hit-Girl von Kickass das Leben retten lassen.

Nicht nur, dass der Film von seinen rassistischen Stereotypen (u.a. sind alle Verbrecher Ausländer (bewusst nicht gendert) und Homosexualität als Synonym für schwach gilt) lebt, auch wird die Heldin von einem minderbemittelten Helden am Ende gerettet.

Diese drei Beispiele machen deutlich, dass noch einiges in Hollywood passieren muss. Heldinnen dienen häufig als Sidekick oder bessere Storybrücken. Es tauchen zwar immer mehr Heldinnen der Kinoleinwand auf (Katniss Everdeen, Wonderwoman, Jessica Jones etc.), aber werden sie belächelt oder durch schlechte Storyplots (Ja, ich meine Dich Wonderwoman) zerstört. Hollywood investiert viel Geld in Filme und vor allem in Franchises (sämtliche Fortsetzungen in den letzten Jahren), dabei werden nur Regisseure, Darsteller oder „männliche“ Filme mit großzügigen Budgets ausgestattet. Mark Wahlberg erhielt für einen Nachdreh eine Gage von 1,5 Mio. Dollar, wohingegen seine Filmpartnerin Michelle Williams für denselben Film weniger als 1000 Dollar Gage erhielt. Eine schreiende Ungerechtigkeit.

Hollywood spiegelt die patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft wider. Der weibliche Held ist nur dann ein Held, wenn sie männliche Attribute verkörpert. Weibliche Superstars verdienen weit weniger Gage, als ihre männlichen Widersacher (siehe Wahlberg und die Oscar-Gewinnerin Williams!).

Aber warum interessiert uns Hollywood? Die Filmbranche wird wahrgenommen und ist ein wichtiger Multiplikator auf der ganzen Welt. Hollywood kann Trends setzen und Sichtweisen wandeln. Eine Verweiblichung kann einem Empowerment von Mädchen und jungen Frauen führen. Wir brauchen mehr weibliche Vorbilder vor und hinter der Kamera. Die Zeit ist dafür reif.



Alexander Nolte kommt aus Essen und ist Mitglied im Landesvorstand. Er mag Bohemian Rhapsody von Queen und weiß, was Triskaidekaphobie bedeutet. Jüngst hat er seinen Master in Politikwissenschaft zum Thema Kommunaler Klimaschutz gemacht.



Repeal Eighth!

Zum Referendum über das Abtreibungsverbot in Irland

1983. Das war 15 Jahre nach 68. 48 Jahre nachdem der erste westliche Staat (Überraschung: Island) Schwangerschaftsabbrüche legalisiert hat. 1983 lag in einer Zeit in der die Zeichen in vielen Ländern (weiterhin) auf Sturm standen. Sie standen auf Sturm aufs Patriarchat, auf Vollendung der Gleichberechtigung und vor allem auf Selbstbestimmung. Natürlich war nicht alles gut – sonst könnten wir uns ja weite Teile dieses Magazins sparen. In Deutschland hat es auch danach noch 14 weitere Jahre gedauert bis Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt wurde und gerade die aktuelle Debatte zu §219a macht deutlich, dass wir vorsichtig sein müssen, wenn wir mit dem Finger auf andere zeigen. 1983 hat sich die Bewegung in Deutschland sicher gewünscht, heute weiter zu sein. Und dennoch sah es in Europa eigentlich ganz gut aus, dennoch oder gerade deswegen ist dieser Fall speziell. Denn in Irland sah es nicht gut aus. Im Gegenteil. 1983 wurde die irische Verfassung um einen Artikel ergänzt, der das Abtreibungsverbot auf eine neue Ebene hob, in dem er das Lebensrecht des Kindes zum Verfassungsgrundsatz macht. Es sollte ein Verfassungsgrundsatz mit unvorhersehbaren Folgen sein. Inzwischen schreiben wir das Jahr 2018 und wieder sind die Augen auf Irland gerichtet. Während die DUP in Westminster mitregiert, während der polnische Bruderstaat (der oft zum Vergleich herangezogen wird) das Selbstbestimmungsrecht zu Grabe tragen will, während Trump nach Lust und Laune zupackt, ist Irland vielleicht der erhoffte Lichtblick. 25 Jahre nach diesem eingreifenden Referendum sind die Wahlberechtigten wieder zu den Urnen gerufen, um die grüne Insel auch auf der Selbstbestimmungsweltkarte grün zu färben.

Seit 1983 ist viel passiert, in Irland und auf der ganzen Welt. Aber auch vor 1983 war Irland nicht von der Außenwelt abgeschnitten. Wie kam es also zu ‚the 8th‘, was hat sich seitdem verändert und wieso kommt gerade jetzt das wichtige Referendum? Wie beschrieben standen die Zeichen der Zeit eigentlich auf Selbstbestimmung. Nicht nur, dass die Sowjetunion schon 1920 und dann Island 1935 Abtreibungen legalisiert hat. Das Vereinigte Königreich, dem Irland das Abtreibungsverbot historisch gesehen verdankt, hatte sich in den 60ern angeschlossen und einen gesetzlichen Rahmen für legale Schwangerschaftsabbrüche definiert, dicht gefolgt von den Vereinigten Staaten. Teile der irischen Gesellschaft, bereits geschockt durch das Zugeständnis der Verhütung in der Ehe (nicht etwa aus Gründen der sexuellen Selbstbestimmung, sondern weil es die Öffentlichkeit nichts angeht), mussten dem Sündenfall zuvorkommen und engagierten sich darum unter dem Stichwort ‚pro life‘ für den Verfassungszusatz. Nach der Annahme gab es eine Vielzahl von Versuchen von beiden Seiten, den Artikel entweder abzuschwächen oder auf Abtreibungen im Ausland auszudehnen. Versuche die Abtreibung im Ausland unmöglich zu machen, wurden erst gerichtlich untersagt und dann 1992 durch ein Referendum bestätigt, da sie die Bewegungsfreiheit einschränken. Zugleich wurde Selbstmordgefahr (gegen den Willen der Regierung) als Abtreibungs-

grund anerkannt. Dennoch kam es bis in dieses Jahrzehnt zu keiner darüberhinausgehenden Auflösung, die nicht das Leben der Mutter gegen das Leben des Kindes ausspielte – und das erst nach einem Urteil des europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und einem Todesfall.

Die katholische Kirche ist stark in Irland, stärker noch als in anderen erzkatholischen Ländern und selbst der Konflikt mit dem Papst, der manchen gar als Antichrist gilt, ist bei gesellschaftlichen Themen an der Tagesordnung. So sind auch gewisse Anschauungen in Teilen der Bevölkerung tief verankert – als Anekdote mag hier die Geschichte eines befreundeten Paares herhalten, die bei Familienbesuchen bis zur Eheschließung brav in getrennten Zimmern zu schlafen hatten. Grund zur Hoffnung gibt es dennoch. Zum einen weil die mächtigsten Bücher unserer Zeit in der Tat Gesetzbücher sind und sowohl der Menschengerichtshof als auch die UN deutlich gemacht haben, dass das Verbot untragbar ist. Um die resultierenden Anpassungen vorzunehmen, versucht die Politik dann auch den Zusatz zu Fall zu bringen. Zum anderen weil ein großer Teil der irischen Bevölkerung selbst das Verbot für nicht mehr zeitgemäß hält. Vor allem den Aktivist*innen, die in den vergangenen Jahrzehnten auch immer wieder Urteile angestrengt und europäische und globale Unterstützung gesucht haben, ist es wohl zu verdanken, dass es zum Referendum kommt. Bei über 3000 irischen Frauen, die 2016 für Abtreibungen nach Großbritannien reisten, plus einer unbekannten Zahl in anderen Ländern und geschätzt 1000 Frauen, die in Irland illegal mit Medikamenten abtreiben müssen, ist wohl auch den letzten klar, dass es hier um mehr geht, als nur um einen Verfassungszusatz.

Und dennoch ist der Ausgang ungewiss. Das Prolager liegt 8-40 Punkte vorne und viele hoffen ähnlich wie bei der Abstimmung zur gleichgeschlechtlichen Ehe auf den Einfluss junger und zurückkehrender Wähler*innen (es leben mehr Wahlberechtigte außerhalb Irlands als in Irland, abgestimmt werden darf aber nur in Irland), aber traditionell sinkt die Zustimmung in Irland mit der nahenden Entscheidung. Es ist also keine Zeit zum ausruhen. Stattdessen ist es Zeit, die Aktivist*innen bis zum Tag des Referendums in ihrem Streben zu unterstützen. Online, bei der Kampagne vor Ort oder auch finanziell. Repeal the 8th!

Mehr Informationen und Geschichten auf www.repealeighth.ie
Zur Position der Labour Youth: <http://www.labouryouth.ie/our-submission-to-the-citizens-assembly/>



Ingo (31) ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort unter anderem die Leitlinie Internationales. Als fränkischer BvB-Fan in Brüssel lebt er die europäische Integration und ist deshalb wild entschlossen, für ein geeintes Europa zu kämpfen.

BUCHKRITIK

JULI ZEH - LEERE HERZEN



Wer von uns Jusos politisch manchmal nicht weiter weiß, sollte Juli Zehs aktuelles Buch lesen: In ihrem dystopischen Roman **„Leere Herzen“** veranschaulicht sie, warum wir gerade jetzt mit aller Kraft für die Demokratie und unsere politischen Ideale kämpfen müssen. Dabei beweist sie sich einmal mehr als große Zeitdiagnostikerin und herausragende linke Gegenwartsautorin (übrigens mit SPD-ParteiBuch!).

Ihr Roman spielt in der nahen Zukunft. Eine unschwer an die AfD erinnernde „Besorgte Bürgerbewegung“ wurde vor ein paar Jahren an die Macht gewählt. Die Innenministerin heißt Wagenknecht. Formale demokratische Institutionen bestehen zwar noch. Aber die Rechtsregierung baut sie schrittweise ab. Weitgehend widerstandslos! Denn das eigentliche Problem in Zehs Roman sind nicht die Rechten – sondern diejenigen, die vor lauter gesellschaftlicher Gleichgültigkeit nichts dagegen tun, dass autoritäre Antidemokrat*innen das Ruder führen und den Mainstream definieren. Am Ende des Buches lässt Zeh ihre Protagonistin Britta – eine so erfolgreiche wie dubios-korrupte Unternehmerin – sagen: **„Leute wie ich tragen Schuld an den Zuständen, nicht die Spinner von der BBB. [Kanzlerin] Regula Dreyer ist an den Urnen gewählt worden, während meine beste Freundin ihr Wahlrecht im Geiste gegen eine Waschmaschine ausgetauscht hat.“**

Britta kommt noch aus einer Gesellschaft – nämlich unserer heutigen! –, in der es einen öffentlichen politischen Diskurs gegeben hatte. In der Menschen über gesellschaftliche Ideale verfügten und für diese eintraten. In der man Zeitung las und das Weltgeschehen kritisch verfolgte. In Zehs Worten: **„Das Zeitunglesen war wie ein Mitgliedsausweis, es verschaffte ein Zugehörigkeitsgefühl. So erstaunlich es Britta aus heutiger Sicht erscheint: Damals gab es etwas, an das sie glaubte.“**

Das Buch verdeutlicht mit einer sehr kreativen, vielleicht etwas aufgesetzten Story, wie sich unser Leben und die Gesellschaft bei anhaltendem Rechtstrend verändern. In Zehs negativer Zukunft hat sich die große Mehrheit radikal ins Private zurückgezogen: ins eigene (wirtschaftliche) Glück. Und wer nicht erfolgreich ist, wird mit einem bedingungslosen Grundeinkommen ruhigestellt – ohne sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen zu müssen. **„Warum sollte [Britta] sich für den Rest zuständig fühlen? Heutzutage weiß doch niemand mehr, wofür oder wogegen er sein soll. Natürlich bauen die Besorgten Bürger eine demokratische Errungenschaft nach der anderen ab. Aber trotzdem geht es den Menschen gut, vielleicht sogar besser als früher.“**

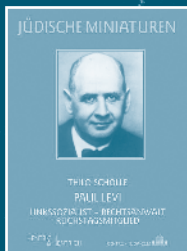
Zeh gibt keine schlüssige oder vollständige Erklärung für den inneren Niedergang der Demokratie in ihrem Roman. Aber sie nennt dessen Kernursache: Leere Herzen! Gerade in politisch turbulenten Zeit kann Demokratie nur überleben, wenn sie mit brennenden Herzen verteidigt wird.



Felix Eggersglöß, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe und unser fleißigster Twitterer. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Seine politischen Schwerpunkte sind Arbeitsmarkt- und Klimapolitik.

BUCHKRITIK

THILO SCHOLLE - PAUL LEVI



Paul Levi (1883 – 1930) gehörte zu den wichtigsten politischen Persönlichkeiten der Weimarer Republik. Linkssozialist, Rechtsanwalt und Reichsmitglied. Ich hatte Levis Namen gehört und auch mal gelesen, meine Erinnerung: Mitbegründer der KPD und eine Verbindung zu Rosa Luxemburg. Mehr wusste ich nicht. Schade eigentlich, denn nach der Lektüre, habe ich mich gefragt, warum so eine interessante Persönlichkeit nicht einen höheren Bekanntheitsgrad hat. Als ich in meinem Sozi-Umfeld nachfragte, hab ich festgestellt, dass viele kaum was über den „Roten Levi“ wissen. Die lustigste Antwort: „War das net der Lover von Luxemburg?“ Der Gründer des linken Flügels der Sozialdemokratie ist im schwäbischen Hechingen in eine jüdische, bürgerlich-liberale Familie geboren, doch er tritt später aus der Religionsgemeinschaft aus. Levi verteidigte Luxemburg gegen den Vorwurf der „Aufforderung zum Ungehorsam“ vor Gericht. Berichtet wird auch kurz über die Beziehung zwischen Luxemburg und Levi. Hier hätte ich mir mehr Romantik gewünscht, denn anscheinend hatten sie eine sehr leidenschaftliche Verbindung zueinander. :) Levi war erst bei der SPD, dann an der Spitze der KPD, doch seine parteipolitische Heimat blieb bis zu seinem Tod die SPD. Außerdem war er der Gründer der Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“, auf die sich die aktuelle „spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ bezieht (Abo lohnt sich :)). Kurz zusammengefasst: Das Buch ist supi! Scholle hat das Buch sehr informativ und interessant gestaltet. Vor allem hat mir es gefallen, dass alles Wichtige kurz und knapp im 80-seitigen Pocketformat zusammengebracht ist. Es ist in einer leichten Sprache verfasst und ist keine „klassische“ Biographie. Ohne Schnickschnack, ohne steifen, akademischen Stil.

Zum Schluss ein bisschen Romantik... Levis Erinnerung an Rosa Luxemburg: „Sozialismus war für sie: geistig frei sein und niemandes Knecht.“



Serap Tekgül kommt aus Mönchengladbach und ist eine echte rheinische Frohnatur. Beruflich hat es sie nach Berlin verschlagen, wo sie als Sachbearbeiterin im Referat Südosteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet.



JUSOS

KREIS COESFELD

Wahlkampf mit Flashmobs

Inspiziert von Wahlkampfworkshops und dem Wahlkampfhandbuch der NRW Jusos haben die Jusos im Kreis Coesfeld kreative Aktionen entwickelt, die ohne viel Material für echte Überraschungseffekte sorgen.

Schon im Landtagswahlkampf haben wir ein großes Fest in der Innenstadt genutzt, um mehrere Freeze-Flashmobs zu inszenieren. Dabei haben wir uns in der Menge verteilt, und sind auf ein Signal in unserer Position „eingefroren“. Sobald sich die Menschen um uns herum gewundert haben, was das ganze soll, sind zwei weitere Jusos mit Plakaten in

unsere Mitte getreten. „Stillstand? Nicht mit uns!“ – „SPD – bewegt NRW“. Auf ein weiteres Signal haben wir uns wieder unter die Leute gemischt.

Im Bundestagswahlkampf haben wir auf ähnliche Art und Weise auf uns aufmerksam gemacht. Mithilfe einer kleinen Tafel, zwei Stühlen und einem Tisch haben wir auf dem Marktplatz ein kleines „Klassenzimmer“ aufgebaut. In dieser Szene konnten wir dann kleine Theater-Dialoge wiedergeben, die unsere Kernbotschaft vermitteln: „Bildung darf nix kosten!“

Beide Formate haben auf kreative Art und Weise auf uns und unsere Themen aufmerksam gemacht. Sogar im Lokalradio wurden unsere Flashmobs erwähnt. Einmal mehr haben wir uns kreativ, einfallsreich und mit klaren Botschaften von politischen Mitbewerbern abgehoben.



Die Jusos im Kreis Coesfeld sorgten für Aufsehen in den FußgängerInnenzonen.

JUSOS

BRÜSSEL

Startklar für den Europawahlkampf 2019 - Mitgliederwochenende der Jusos Brüssel

Coo, ein kleines malerische Dorf in den belgischen Ardennen, war wie im letzten Jahr Schauplatz des jährlichen Mitgliederwochenendes der Jusos Brüssel.

Über 20 unserer (Neu-) Mitglieder machten sich Mitte Februar auf den Weg aus unserer europäischen Hauptstadt nach Wallonien, um sich mit den Projekten der Jusos Brüssel für 2018 aber auch mit aktuellen und dringenden Fragen auseinanderzusetzen. Erfreulicherweise waren nicht nur altbekannte Gesichter sondern auch Neumitglieder mit dabei, dies führte zu einer guten Mischung aus Expertise und frischem Wind.

#Groko oder #NoGroko sorgte zwar für die ein oder andere hitzige Diskussion im Verlauf des Wochenendes, Schwerpunkt blieb allerdings die thematische Arbeit in unseren verschiedenen Arbeitsgruppen,

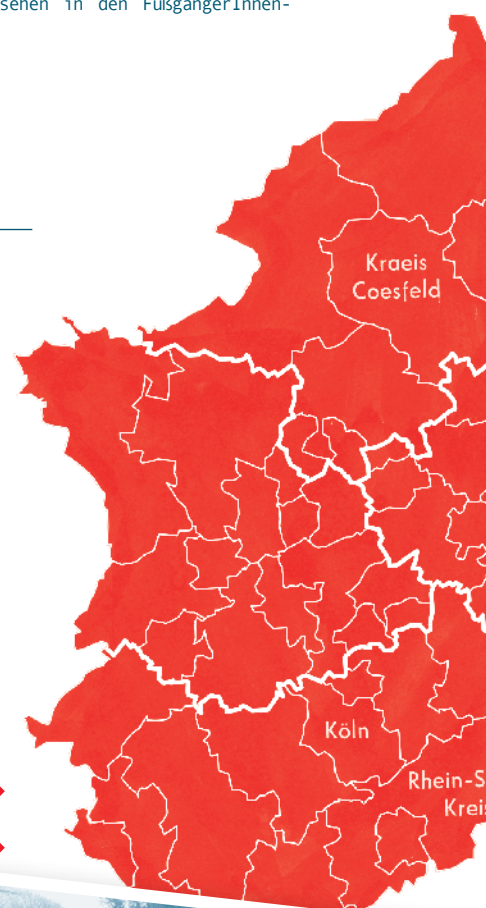
bei uns „Cluster“ genannt. Neben Gender Equality, Umwelt, Klima und Transport haben wir uns auch mit dem Thema „soziales Europa“ auseinandergesetzt. Neu wird ab dieses Jahr auch ein Cluster Digitales sein. Allen voran liegt unser Fokus auf der kommenden Europawahl. Oder wie man so schön sagt „Nach der Wahl, ist vor der Wahl“. Während die Europawahl 2019 für viele noch meilenweit entfernt scheint, steht sie bei uns allein auf Grund der Nähe zu den europäischen Institutionen schon jetzt auf der Tagesordnung. Der Anspruch unserer Partei, Europa als Kernthema zu etablieren, muss im Europawahlkampf bewiesen werden. Daher ist es zwingend notwendig sich früh mit dem Thema auseinanderzusetzen. Auf unserem Mitgliederwochenende erarbeiteten wir bereits erste Ideen für den Europawahlkampf 2019 vor Ort in Deutschland und aus Brüssel heraus. Unser Ziel ist es, europäische Themen mit der lokalen Arbeit möglichst vieler Jusos in Deutschland zu verknüpfen. Der letzte Wahlkampf hat uns gezeigt, dass der Wille da war, inhaltliche Themen aber nicht gut genug in die Breite kommuniziert wurden. Dies muss sich ändern und so ein Bewusstsein für Europa geschaffen werden.

In den nächsten Monaten werden wir daher weiter an unseren Ideen für einen erfolgreichen Europawahlkampf 2019 arbeiten und gehen nach diesem Mitgliederwochenende motiviert in die Vorbereitungsphase. Wie bereits in den letzten Jahren

Brüssel



werden wir so auch dieses Jahr wieder ein Kooperationsseminar für NRW Jusos veranstalten, auf dem wir euch über die wichtigsten europapolitischen Themen informieren werden.



JUSOS KÖLN

Wir starten mit Frauen-
power ins Jahr 2018!



Der neugewählte UB-
Vorstand der Jusos
Köln stürzt sich in
die Arbeit.

Der neu gewählte Vorstand setzt sich dafür ein, Partizipation zu stärken, junge Kandidat*innen für die Kommunalwahlen fit zu machen und, nach dem letzten von Wahlkampf geprägten Jahr, die Inhalte nach vorne zu stellen.

Neben den üblichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen haben wir im letzten Jahr mehrere neue Veranstaltungskonzepte entwickelt, die wir weiterführen und ausbauen werden. Eines davon ist: „Wir müssen reden.“ Mit diesem Format greifen wir tagespolitisches Geschehen auf und diskutieren es, um Partizipation zu fördern und konkrete Ideen und Anträge auszuarbeiten. Auch die Reihe „Integration durch...“ ist im letzten Jahr so vielversprechend angelaufen, dass Erkenntnisse aus der Auftaktveranstaltung „Integration durch Bildung“ anschließend im Rat diskutiert wurden. In Köln haben wir den Roten Salon, als spezielle Frauenförderung der Jusos. Dieser trifft sich monatlich, um dem Austausch von Ideen und der Unterstützung zuträglich zu sein. Des Weiteren gehen daraus Veranstaltungen zu feministischen Themen hervor, zu welchen dann geschlechteroffen eingeladen wird. Mit Rhetorik-Schulungen, speziell für junge Frauen, wirken wir der Ungleichheit entgegen. Somit freuen wir uns umso mehr, dass in unserem neuen Vorstand 6 von 11 Personen weiblich sind und wir mit geballter Frauenpower durchstarten können.

JUSOS RHEIN SIEG-KREIS

Auf den Spuren des vereinten Europas

Zur jährlichen Bildungsfahrt machten sich die Jusos aus dem Rhein-Sieg-Kreis auf in die "EU-Hauptstadt" Brüssel. Auf dem Programm stand dabei auch ein Gespräch mit dem sozialdemokratischen Europaabgeordneten Arndt Kohn, der für Martin Schulz im letzten Jahr ins Europäische Parlament nachgerückt ist. Der Abgeordnete unterstützte die Forderung nach den "Vereinigten Staaten von Europa" und einer stärkeren Zusammenarbeit, denn Regeln wie etwa gegen Steuerflucht und Steuerdumping oder eine Ordnung der globalisierten Wirtschaft seien nur gemeinsam zu schaffen. Bei einem Besuch im Haus der europäischen Geschichte konnten die Teilnehmer*innen der Fahrt direkt erleben, warum Europa ein so wichtiges Projekt ist. Die multimediale Ausstellung wirft einen Blick auf die Jahrhunderte europäischer Entwicklung, die lange Zeit auch oder vor allem Krieg bedeutete. Der Besuch des Brüsseler Plenarsaales im EU-Parlament, der Europäischen Kommission und der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Union rundeten das abwechslungs- und lehrreiche Programm ab.



Im Zentrum der europäischen Politik: Die Jusos Rhein-Sieg auf ihrer Bildungsfahrt nach Brüssel.

WESENTLICHE FRAGEN SIND BIS HEUTE UNBEANTWORTET

NSU - TEIL III

Nach fünf Jahren Verhandlung neigt sich der NSU-Prozess seinem Ende zu. Es wird nun – trotz einiger Verzögerungen – mit einer Urteilsverkündung in diesem Jahr gerechnet. Damit endet vorerst die juristische Aufarbeitung der Verbrechen des NSU¹. In dieser Serie haben wir zunächst einen Blick zurück gewagt und die Opfer und ihre Angehörigen in den Fokus genommen (3/2017) und anschließend die besondere Rolle der staatlichen Behörden betrachtet (4/2017). Bevor wir uns in der nächsten Ausgabe den Prozessverlauf und das Urteil (vorausgesetzt es liegt bis dahin vor) genauer ansehen, haben wir in diesem Heft Friedrich Burschel, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Prozessbeobachter für NSU-Watch, für ein Interview gewinnen können.



Friedrich Burschel verfolgte für die Initiative NSU-Watch den Prozess gegen Beate Zschäpe. Er ist Referent für Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ In diesem Text wird mit NSU* das Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe bezeichnet, während NSU die rechtsterroristische Terrorgruppe meint, der mindestens diese drei Personen angehörten

Sie haben den Prozess von Beginn an verfolgt. Welche Erwartungen, sowohl der Opfer und ihrer Angehörigen als auch der Zivilgesellschaft, gab es 2013 an diesen Prozess und welche davon sind erfüllt bzw. enttäuscht worden?

Die Erwartungen waren zu Prozessbeginn enorm hoch, sowohl bei den Betroffenen vom NSU-Terror – immerhin haben sich 95 Nebenklägerinnen und Nebenkläger der Anklage des Generalbundesanwalts angeschlossen – als auch bei Beobachterinnen und Beobachtern. Diese Erwartungen waren sicherlich vom ja doch sehr weitgehenden Aufklärungsversprechen der Kanzlerin beim Staatsakt am 23. Februar 2012, vom ungewöhnlichen Medieninteresse und dem ganzen zweizügigen Akkreditierungszirkus angeheizt worden.

Die hohen Erwartungen sind weitestgehend enttäuscht worden. Die offenen Fragen vom Beginn des Prozesses sind – auch nach über 400 Tagen Prozess und umfangreicher Beweisaufnahme – fast alle bis heute offen geblieben. Die Nicht-Aufklärung der Leerstellen der Ermittlungen und das sture und kontrafaktische Beharren der Bundesanwaltschaft (BAW) auf ihrer „Triothese“ einer isolierten und selbst von der Nazi-Szene abgekapselten Zelle, die sie im Plädoyer nochmals ungerührt, arrogant und

unbeeindruckt von den Ergebnissen der Beweisaufnahme und der parallel laufenden Untersuchungsausschüsse wiederholt hat, haben uns allen die letzten Illusionen geraubt. Hoffnung besteht immerhin vorerst noch, dass die geballten Vorwürfe und brillanten Schlussvorträge des relevanten Teils der Nebenklagevertretung irgendeinen Eindruck beim Senat und dem Vorsitzenden Richter Manfred Götzl hinterlassen haben und einen Niederschlag im Urteil finden. Wahrscheinlicher aber ist, dass die gravierenden, meisterlich herausgearbeiteten und stichhaltigen Vorwürfe gegenüber den Ermittlungsbehörden, dem Verfassungsschutz, aber auch gegenüber der Anklagebehörde am Gericht abperlen werden. Schließlich ist das Gericht schon etwa ab Mitte 2015 sehr weitgehend auf die enggeführte Version der BAW eingeschwenkt, hat Beweisanträge der Nebenklage im Dutzend abgelehnt und alle Versuche aufgegeben, staatliche Verstrickung und das NSU-Unterstützungsnetzwerk aufzuklären. Dem Geheimdienstbeamten des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Andreas Temme, der aus bis heute ungeklärten Gründen bei der Ermordung von Halit Yozgat in Kassel am 6. April 2006 am Tatort anwesend war, stellte das Gericht in gewisser Weise so-

gar eine Ehrenerklärung aus. Diese positive Einschätzung Temmes als „glaubhaft“ ist unterdessen durch eine Strafanzeige gegen Temme wegen einer Falschaussage vor dem hessischen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) nochmals fragwürdiger geworden.

Wie erleben aus Ihrer Sicht die Nebenkläger_innen und andere Angehörige der NSU-Opfer den Prozess? Überwiegt die Hoffnung auf möglichst vollständige Aufklärung oder der Frust über die Behörden, die ja jahrelang fast ausschließlich im Kreis der Opfer selbst ermittelte?

Was wir über den arbeitenden Teil der Nebenklagevertreter_innen mitbekommen und was der Tenor der sehr berührenden, aber auch kämpferischen Schlussworte einiger Betroffener war, muss leider Ernüchterung und Enttäuschung genannt werden. Die wesentlichen Fragen der vom NSU „Geschädigten“, wie es im Jurist_innendeutsch heißt, also die Fragen danach, etwa wie die Opfer von den Mörder_innen ausgesucht wurden, welche Gesinnungsgenoss_innen sie an den jeweiligen Tatornten beim Ausspähen ihrer Anschlagziele unterstützt haben, wie viele Personen die Unterstützungsstrukturen des NSU umfasst haben und – wahrscheinlich die

brennendste Frage - welchen Anteil der Verfassungsschutz genannte Inlandsgeheimdienst am NSU-Komplex und dem rechten Terror hatte, sind bis heute unbeantwortet.

Während das Gericht für die juristische Aufarbeitung zuständig ist, befassen sich im Bundestag und Landtagen Parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA) mit der politischen Aufarbeitung. Diese dauern teils noch Jahre an. Sind diese Gremien Organe der Aufklärung oder parlamentarische Pflichterfüllung?

Das kann man so pauschal nicht sagen. Die Arbeit der PUAs ist qualitativ sehr unterschiedlich, aber einige von Ihnen, z.B. die beiden Bundestagsausschüsse oder die beiden Thüringer Ausschüsse haben ganze Arbeit geleistet und einige offene Fragen und Zweifel (etwa was das Geschehen in Eisenach-Stregda angeht, wo der NSU am 4.11.2011 aufflog) ausgeräumt. Aber, und das ist bemerkenswert, die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit für die Arbeit der PUAs ist im Vergleich zum Prozess minimal, was am meisten mit der banalisierend-glamourösen Berichterstattung über die Hauptangeklagte zusammenhängt. Trotzdem werden uns die weiterlaufenden und möglicherweise in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und hoffentlich weiteren Bundesländern hinzukommenden Ausschüsse Gelegenheit bieten, nach der Urteilsverkündung an dem Thema dran-zubleiben und eine weitere Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex und insbesondere mit der Verstrickung staatlicher Stellen in den Terror zu erzwingen.

Stichwort: Behördenversagen. Untersucht wird in den PUAs auch das Verhalten staatlicher Behörden und dabei insbesondere die Rolle von V-Leuten im Umfeld des NSU und der Wissensstand der Behörden vor der Selbstenttarnung, aber auch die teils verschwundenen oder geschredderten Akten und andere Beweismittel. Zeichnen sich hier bereits Ergebnisse oder sogar politische Konsequenzen ab?

Es hat sicher auch Versagen behördlicher Stellen gegeben. Aber die Verstrickungen, das Geschehenlassen und zum Teil das Ermöglichen des rechten Terrors seitens staatlicher insbesondere geheimdienstlicher Stellen sind mit „Versagen“ nur euphemistisch umschrieben. Auch der institutionelle Rassismus im Behördenhandeln sowohl während der Verbrechenserie als auch nach der Selbstenttarnung des NSU ist mit „Pleiten, Pech und Pannen“ falsch beschrieben. Es handelt sich um strukturel-

le Probleme und regelhafte Selbstblockaden in den Behörden, zu denen der je individuelle Rassismus vieler Polizistinnen und Polizisten noch hinzukommt. Und selbst wenn ein PUA einzelne Ungeheuerlichkeiten herausfindet, die Konsequenzen für die handelnden Behörden und Beamt_innen sind nahe Null. Dem Verfassungsschutz, so könnte man zynisch zusammenfassen, konnte nichts Besseres passieren als der NSU: Er hat heute mehr Geld, mehr Personal und mehr Kompetenzen und tritt in einer Weise arrogant in der Öffentlichkeit auf, dass einem ganz schlecht wird. Und das Vertrauen der Bürger_innen dieses Landes in „ihre Behörden“ ist - trotz allem, was wir Unfassbares allein aus dem NSU-Komplex und von den massiven kriminellen Vertuschungen seitens des VS wissen - ungebrochen. Es darf eben nicht sein, was nicht sein soll: Die Staatsräson und der gute Glaube verbieten eine wirklich konsequente Aufarbeitung des Skandals.

Die Rolle der Medien während des Prozesses wird heiß diskutiert. Fast geschlossen übernahmen sie vor der Selbstenttarnung des NSU* die Berichte und Rhetorik der staatlichen Behörde zu den Morden - das Schlagwort „Dönermorde“ wird 2011 zum Unwort des Jahres gewählt - und auch während des Prozesses fand man medial fast immer nur die Ansichten der staatlichen Stellen oder aber Klatschberichte über Platzmangel im Verhandlungssaal oder die „Nazi-Brut“ (Bild) Zschäpe. Die Rolle der Opfer lassen fast alle unter den Tisch fallen. Das NSU-Prozess-Blog von Zeit online und eben private Initiativen, wie NSU-Watch, stellen die wenigen Ausnahmen dar. Ist die jahrelange Begleitung eines Prozesses mit der schnellleibigen Medienwelt unvereinbar oder liegt ein Fall kollektiven Medienversagens vor?

Ich würde das durchaus differenzierter sehen: Es hat auch von vielen anderen bürgerlichen Medien eine valide Berichterstattung gegeben und auch gute Beiträge zur Situation und zu den Ansprüchen der Betroffenen. Aber eben nur bis zu dem Punkt, wo es um Konsequenzen und Schlussfolgerungen aus dem NSU-Komplex geht. Kritische, linke Positionierungen zum Thema, wie sie insbesondere beim NSU-Tribunal im Mai 2017 in einer beeindruckenden Weise von vielen hundert Menschen in Köln im Rahmen einer Großveranstaltung und einer umfangreichen Anklage gegen den Staat inszeniert wurde, sind medial fast völlig ignoriert worden. Auch mit der Forderung nach einer Abschaffung des Verfassungsschut-

zes macht man sich immer noch eher lächerlich. Aber auch das Desinteresse der durchaus von sich selbst eingenommenen investigativen Journalist_innen war auffällig, zum Schluß hat nur noch der wackere Dirk Laabs [Co-Autor von „Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU“, Anm. d. Red] einen Skandal nach dem anderen aus dem Orkus gefischt, was aber alles nicht zum ersehnten medialen oder gesellschaftlichen Aufschrei geführt hat. Stattdessen blühten nebenher im Netz die irrsten Verschwörungsfantasien (Stichwort „Zeugensterben“) und verkaufte sich der Verschwörungsscheiß von Krimiautor Wolfgang Schorlau wie geschnittenes Brot.

Sie haben den Prozess über die letzten Jahre zum größten Teil direkt im Gerichtssaal verfolgt. Welche Szene bleibt Ihnen aus diesen Jahren als absurdeste im Kopf?

Der Tag, als der V-Mann-Führer Reinhard Görlitz vom Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg, ver mummt und mit Kissen ausgestopft, vernommen wurde und uns einen tiefen Einblick in diese unkontrollierte, extralegale Grauzone Inlandsgeheimdienst bot, gehört zu den zwei Dutzend Prozesstagen, die es in sich hatten. Meistens, wenn es um den Verfassungsschutz ging, konnten einem die Haare zu Berge stehen. Soviel Hybris, soviel zwanghafte Persönlichkeiten, soviel skandalöse Behinderung von Aufklärung, man konnte das kaum fassen. Die Auseinandersetzung darüber, ob die Unterlagen, die Herr Görlitz leichtsinniger Weise mit sich in den Gerichtssaal brachte, beschlagnahmt werden sollten, gehört auf jeden Fall zu den Highlights des NSU-Slapsticks. In völlig anderer Hinsicht absurd waren die Propaganda-Anträge der Nazi-Szeneanwälte des Angeklagten Wohllebens: Sie beantragten allen Ernstes, den Tod des „Führerstellvertreters“ Rudolf Hess', der sich im Spandauer Kriegerverbrechergefängnis selbst erhängt hat, zu untersuchen und zu klären, ob es nicht vielleicht doch Mord gewesen sei. Ekelhaft, wirklich. Als Sachverständigen sollte das Gericht den „Historiker“ und NPD-Bundesvorstandsmitglied Olaf Rose hören...



Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort u.a. die Leitlinie Antifaschismus. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

RÄTSEL

Sänger der Band Eels (Nachname) →	
Kunststil des 18. Jahrhunderts →	
Stadt in NRW, bekannt für Glockenguss →	
Strafstoß beim Fußball →	
Chefredakteur des „SPIEGEL“ (Nachname) →	
Starkbieranstich mit politischem Kabarett →	
Triathlon auf Hawaii →	
Autorin von „Untenrum frei“ (Nachname) →	
Mittelgebirge in Südhessen →	
Legendärer E-Gitarrenhersteller →	
Frittierte Kichererbsen →	
Merksatz, Erinnerungshilfe →	
Wissenschaft des Nervensystems →	

Lösungswort unter nrwjusos.de/aktuelles/raetsel/ einreichen und ein von drei spw-Jahresabos gewinnen. Einsendeschluss ist der 15. Mai 2018. Umlaute sind erlaubt.

Impressum

Herausgeber:
Jusos in der SPD
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Tel. 02 11/1 36 22-325
Web: www.nrwjusos.de
eMail: magazin@nrwjusos.de

V.i.S.d.P.: Guido Kleineheilmann
Grafik: Felicitas Horstschäfer
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop
Auflage: 8000
Erscheint einmal im Quartal

